

GAUGG: Familienhospizkarenz ist sozial- und gesundheitspolitischer Meilenstein

Utl.: "Wer keine aktive Sterbehilfe will, muß für optimale Sterbebegleitung sorgen"

Wien, 2002-05-23 (fpd) - In der heutigen Plenarsitzung werde mit der Beschlußfassung über die Familienhospizkarenz ein sozial- und gesundheitspolitischer Meilenstein gesetzt, erklärte heute der freiheitliche Sozialsprecher Reinhart Gaugg. ****

Wie Gaugg betonte, wolle man in Österreich nicht den holländischen und belgischen Weg gehen. Eine humane und familiäre Sterbebegleitung sei wesentlich vernünftiger. Im Vordergrund müsse die Solidarität mit den Sterbenden stehen. Wer keine aktive Sterbehilfe wolle, müsse daher für eine optimale Sterbebegleitung sorgen.

Mit der Familienhospizkarenz werde Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen die Sterbebegleitung naher Angehöriger bzw. die Betreuung schwerst erkrankter Kinder erleichtert, erläuterte Gaugg, der gleichzeitig Kritik an der Sozialpolitik der SPÖ übte, die es in dreißig Jahren nicht geschafft habe, diesbezügliche Weichenstellungen vorzunehmen. "Bisher mußte jemand beispielsweise den ganzen Tag im Supermarkt an der Kasse stehen oder die berufliche Tätigkeit unter Verlust aller arbeitsrechtlichen Ansprüche beenden, um einem Angehörigen beistehen zu können. Solche gravierenden, auf das totale Versagen der SPÖ zurückführenden Mißstände wird es in Zukunft nicht mehr geben." Neben der Möglichkeit der Karenzierung werde auch seitens des Sozialministeriums eine finanzielle Unterstützung in förderungswürdigen Fällen gewährt.

Als besondere Eckpunkte bezeichnete Gaugg die Begleitung sterbender und schwerst erkrankter Kinder hervor, den Kinderschutz, die arbeits- und sozialrechtliche Absicherung (Krankenversicherung, Pensionsversicherung, besonderer Kündigungs- und Entlassungsschutz) und die teilweise bis vollständige Freistellung der Arbeitnehmer zur Pflege ihrer sterbenden Angehörigen. "Mit Fug und Recht kann man heute von einem großen Tag sprechen, an dem ein entscheidender Schritt für die Würde der sterbenden Menschen und ihre Angehörigen getan wurde." (Schluß)

Rückfragehinweis: Freiheitliches Pressereferat

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0017 2002-05-23/08:34

230834 Mai 02

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20020523_OTS0017